Bankeninitiative : Der Stachel bleibt im Fleische...

Autor(en): **Strahm, Rudolf H.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **75 (1981)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142874

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

RUDOLF H. STRAHM

Bankeninitiative: Der Stachel bleibt im Fleische . . .

Im Oktober 1979 ist die Bankeninitiative mit 120 000 Unterschriften eingereicht worden. Wir stehen jetzt in der Zwischenzeit zwischen Einreichung und Bericht des Bundesrates an das Parlament. Nach Gesetz darf sich der Bundesrat zwei Jahre, mit besonderer Ermächtigung maximal drei Jahre Zeit nehmen, bis er dem Parlament eine Botschaft über die Initiative zustellt.

Ein Stachel im Fleisch

Noch nie ist wohl eine Volksinitiative, noch bevor sie eingereicht war, so massiv bekämpft worden wie die Bankeninitiative. Die Großbanken haben es sich schon viele Millionen kosten lassen — wenn man bedenkt, daß ein einziges der regelmäßig in fünfzig Zeitungen erscheinenden Ganzseiten-Inserate der Bankgesellschaft seine 90 000 Franken kostet. Auch die Schweizerische Bankiervereinigung, der Dachverband des Bankgewerbes, hat wohl noch nie soviele Papiere, Druckschriften und Richtlinien produziert wie seit der Bankeninitiative. In jeder größeren Wirtschaftsredaktion der bürgerlichen Presse profiliert sich jetzt ein Redaktor allmählich als Bankenspezialist, selbstverständlich ausnahmslos mit besonders großem Goodwill für die Bankenwelt. Mit diskreten Hintergrundmaterialien, Gratisreisen und gepflegten Kontakten erhalten die Journalisten von den Bankiers die nötigen Unterlagen. Deren unkritische Wiedergabe ermöglicht es einem Wirtschaftsredaktor schon sehr bald, sich als Bankenspezialist zu qualifizieren.

Insgesamt also ein gigantischer Public-Relations-Aufwand, um den Stachel der Finanzplatz-Debatte aus dem wohlernährten Fleisch der Bankenlobby wieder herauszuziehen.

Erfreuliche Sensibilisierungswirkung

Selten hat eine Initiative auch in Schulen, Kirchen und weitern Institutionen soviel pädagogischen Stoff hergegeben wie die Bankeninitiative. Vom Bildungsdossier Banken der SPS wurden bereits drei Auflagen hergestellt und vertrieben. An Schulen fanden kontradiktorische Veranstaltungen über die Bankenfrage statt. In kirchlichen Kreisen hat die nervöse Abgrenzung der reformierten Kirchenleitungen in Basel und Zürich gegen die Bankeninitiative doch vielen Leuten

die Augen dafür geöffnet, wie subtil und empfindsam das Machtsensorium vieler amtskirchlicher Exponenten entwickelt ist....

Wichtig scheint mir, daß die Bankeninitiative einige gesellschaftspolitische und ethische Grundfragen enttabuisiert hat. Noch Mitte der siebziger Jahre war es einfach unanständig, zum Beispiel die Bankgeheimnisfrage politisch abzuhandeln. Anfangs der siebziger Jahre hat ein prominenter Sozialdemokrat gesagt, wer bei uns das Bankgeheimnis kritisiere, begehe politischen Selbstmord. Dieses Klima von damals ist heute verändert. Heute dürfen wir wieder darüber reden.

Seit den dreißiger Jahren wurde die — seither überproportional gewachsene — Bankenmacht erstmals wieder diskutiert. Damals, in den dreißiger Jahren, waren es die Richtlinienbewegung und die «Freigeldler», welche die zentrale Lenkungsfunktion der Banken in der Volkswirtschaft politisch ins Gerede brachten. Der Publizist Pollux — ein Pseudonym für den heute über achtzigjährigen Georges Baehler, der mangels Arbeitsmöglichkeiten bei uns seit drei Jahrzehnten in der DDR lebt — trug damals das Seinige zur Bewußtmachung der Machtverflechtungen im Kapital bei.

In den fünfziger bis siebziger Jahren stand bei uns die Wachstums- und Strukturpolitik im Vordergrund. Die politisch relevante Linke konzentrierte sich auf den Aufbau des Sozialstaates und auf das Ausbügeln von Wachstumsschäden (Raumplanung etc.). In diesen Jahren ist die Vermachtung im Finanzsektor in aller Stille, politisch unbemerkt, weitergegangen. Die Verflechtung und Konzentration, die Verkrebsung in der Wirtschaft, ist vorangeschritten. Unheimliche, kaum faßbare Geldmassen haben sich bei einer abnehmenden Zahl von Geldinstituten angesammelt. Hier nur zwei Zahlen:

— Auf dem Finanzplatz Schweiz sind ausländische Vermögen in der Größenordnung von 400 bis 600 Milliarden Franken angelegt. Niemand außerhalb der Großbanken vermag die Größe auch nur einigermaßen abzuschätzen.

— Der schweizerische Finanzplatz ist auch gefährlich und risikoreich mit den andern internationalen Bankplätzen verflochten. Um die 500 Milliarden Dollar flottierende Gelder sind insgesamt kurzfristig auf den Eurogeld-Märkten angelegt, wobei die Schweiz mit einem beträchtlichen Anteil partizipiert.

Mit dieser Internationalisierung der Finanzmärkte entstanden gleichzeitig auch gigantische Steuerschlupflöcher. Allein bei Schweizer Banken belief sich die Summe der Vermögen, die in den gesetzlich von der Verrechnungssteuer befreiten Anlageformen gehalten werden (Treuhandgelder, ausländische Anleihen und Notes), Ende 1979 auf rund 154 Milliarden, wobei mindestens zwei Drittel aus dem Ausland stammen. — All dies kann und darf man heute wieder problematisieren.

SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV
Zürich

Die wirtschaftsethische Seite

Jean Ziegler hat, wohl aufgrund seiner Sensibilität für ausländische und ferne Stimmen, die Schweiz als «Hehlernation» bezeichnet. Dieses moralische Urteil ging vielen zu weit. Die Frage, ob die hier weilenden ausländischen Vermögen im ethischen oder juristischen Sinn rechtmäßig erworben worden sind, die Frage, ob sie versteuert oder legal transferiert worden sind, diese Fragen werden gar nicht erst gestellt.

Ein Oekonome, der die Finanzplatz-Probleme mit derartigen «ideologischen» Fragestellungen aufgreift, ist in der wirtschaftsjournalistischen Szene — ich meine unter den Schreibern, Bankiers, Nationalbankleuten und finanzpolitisch als versiert geltenden Politikern — einfach abgeschrieben, er ist «out». Wer nach der Moral fragt stellt einfach außerökonomische Fragen; und solche Fragen gehören bekanntlich nicht in den Wirtschaftsteil eines Publikationsorgans.

Vielleicht ist gerade das das Unbequeme an der Bankeninitiative; daß sie Gelegenheit gibt, solche Fragen zu thematisieren. Sie erlaubt, ja erzwingt eine ethische Durchdringung ökonomischer Zusammenhänge. Um die Frage der Moral von Kapitaltransfers (sprich: Fluchtgelder) und des Bankgeheimnisses (sprich: Steuerhinterziehung) kommt man nicht mehr herum. Auch die Frage der Bankenmacht, der Gesetzesungleichheit für gleiche Bürger ist unausweichlich.

Gegenreaktion der Banken

Die Bankiers sind natürlich nicht untätig geblieben. Intern betreiben einige Großbanken systematische Schulung der Kader bis hinunter zum Prokuristen, um sie in der Argumentation vorzubereiten. Vom «Bildungsdossier Banken» haben sie schon viele hundert Exemplare für solche Zwecke bestellt. Die Bankiervereinigung ließ 1979 eine repräsentative Meinungsforschung in der Bevölkerung durchführen. Die Resultate der Motivationsforschung hat sie zwar nie publiziert, aber ihre Folgerungen daraus wurden fragmentarisch bekannt. Seither versucht sie mit einer aufwendigen Inseraten- und Fernsehspot-Kampagne, die Banken als «Teil unserer Wirtschaft» zu verkaufen. Einzelne Banken möchten die Bankenfrage individualisieren, indem sie die Beziehung zum Bankkonto werbetechnisch mehr und mehr zum intimsten Bereich des Menschen deklarieren: «Vertrauen und Sicherheit» als werbemäßige Antwort auf die existenziellen Aengste, «Deine Weltbank — Deine Quartierbank — Deine Hausbank» als Intimisierung abstrakter wirtschaftlicher Zusammenhänge. Ungefähr in dem Maße, wie die früher intimen Schlafzimmer-Gegebenheiten heute öffentlich werden, werden die Vermögensverhältnisse von den Banken in den Intimbereich geschoben . . .

Auch das Netz der politischen Lobby haben die Bankiers beträchtlich ausgebaut. Man sagte uns, daß die bei früheren Wahlkämpfen sehr knauserigen Banken bei den Nationalratswahlen 1979 zu den generösesten Wahlspendern der drei bürgerlichen Parteien wurden.

Einzelne Bankiers verlegten sich auf die politischen Public-Relations. Der frühere Generalsekretär des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, Jörg Boller, der heute als PR-Direktor beim Schweizerischen Bankverein arbeitet, disloziert während den Sessionen sein Arbeitsquartier gleich in die Bundeshauptstadt. Und im Finanzdepartement hat er zu seinen früheren Untergebenen und Kollegen ungehinderten Zugang. Nicht zu verwundern, wenn sich gewisse Angaben in departementsinternen Texten und Entwürfen «zufälligerweise» mit Verlautbarungen der Bankiervereinigung decken.

Schließlich halten die Bankiers noch eine politische Offensive in Reserve, die sie bei bürgerlichen Kreisen zur Wiederherstellung von Goodwill einsetzen könnten, nämlich die Lancierung einer Eidgenössischen Wehranleihe nach dem Muster der dreißiger Jahre. Nach all den Jahren des Gesundschrumpfens im Bundeshaushalt wäre diese zweckgebundene Mittelaufnahme eine Lösung, die Rüstungsausgaben aus den Sparfesseln endlich zu befreien.

Bankenthema bleibt aufrecht

Auch in anderen Bereichen werden die Bankiers politisch im Gerede bleiben. Die Aufhebung der Verrechnungssteuerbefreiung von Treuhandanlagen und allenfalls ausländischen Anleihen, wie sie der Bundesrat vorschlug, werden noch einige Zeit zu reden geben. Gerade bei dieser Vorlage haben die Bankiers jetzt bewiesen, wie effizient ihr Lobby-Netz quer durch die bürgerlichen Reihen funktioniert. Auch das Konsumkreditgesetz wird die Großbanken tangieren, denn drei Viertel aller Kleinkredite werden heute von den Großbanken und ihren Instituten ausgegeben.

In Sachen Kapitalflucht wird der nächste Skandal bestimmt kommen. Denn die Probleme sind strukturell angelegt. Es kommt nur darauf an, wieviel vom unsichtbaren Eisberg aus der Oberfläche herausreicht. Der Stachel der Diskussion bleibt im Fleische.

Die Bankeninitiative hatte immer auch eine pädagogische Seite. Um diese zum Zug kommen zu lassen, ist die Zwischenzeit zwischen Unterschriftenkampagne und Abstimmungskampagne eine geeignete Zeit. Es ist die Zeit, in der die Finanzplatz-Problematik in Institutionen, Organisationen und Gruppen ohne Entscheidungsdruck thematisiert werden kann. Die Phase des Bekennens, die Lackmus-Probe des unausweichlichen Ja-Ja oder Nein-Nein, wird noch früh genug auf uns zukommen!